

01.12.2015

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der CDU-Fraktion

„Gefährdung durch die unsicheren Kernkraftwerke Tihange und Doel ernst nehmen – Gespräche mit der belgischen Regierung aufnehmen
(Drucksache 16/10301)

Gefahren durch unsichere Atomanlagen Tihange und Doel grenzübergreifend begegnen – Gespräche mit der belgischen Regierung mit Nachdruck fortsetzen

Das belgische Atomkraftwerk Tihange nahe der nordrhein-westfälischen Grenze sowie das Atomkraftwerk Doel bei Antwerpen sind immer wieder durch technische Probleme und Störfälle in die Schlagzeilen geraten. Die belgische Atomaufsicht hat am 24. November 2015 die erneute Inbetriebnahme der Blöcke Doel 3 sowie Tihange 2 beschlossen. Die Blöcke der Kraftwerke Doel (Block 3) und Tihange (insbesondere Block 2, aber auch Block 3) wurden seit 2012 wiederholt nach technischen Problemen stillgelegt und wieder angefahren. Zuletzt kam es in Tihange 3 am 13. August 2015 aufgrund einer Panne zu einer Notabschaltung. Auch gibt es Hinweise auf Probleme mit der Einhaltung von Sicherheitsvorschriften. Dennoch soll Doel 3 nach der jüngsten Entscheidung der belgischen Atomkontrollbehörde FANC vom 24. November 2015 bis zum Jahr 2022 weiter betrieben werden. Auch die Blöcke in Tihange sollen bis über 2020 hinaus am Netzbleiben.

In Nordrhein-Westfalen ist mit der Stilllegung des Atomkraftwerks Würgassen in den neunziger Jahren die kommerzielle Nutzung der Atomkraft beendet worden. Diese Entwicklung bewahrt NRW heute vor ähnlichen Problemen mit alten störanfälligen Atomkraftwerken. Die Energiepolitik in anderen Staaten und Bundesländern zur Fortführung der gefährlichen Atomtechnologie kann aber auch in NRW nach wie vor Auswirkungen haben, wie das Beispiel des belgischen Kernkraftwerkes in Tihange zeigt. Die jetzige Entscheidung der belgischen Behörden wird vor dem Hintergrund der oben geschilderten Vorkommnisse der vergangenen Jahre im betroffenen Drei-Länder-Eck und in der Grenzregion in Nordrhein-Westfalen mit

Datum des Originals: 01.12.2015/Ausgegeben: 02.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Sorge betrachtet. So hat der Stadtrat in Aachen bereits im Sommer 2015 eine Resolution mit der Forderung nach einer Abschaltung der fraglichen Atomkraftwerke beschlossen.

Die Landesregierung hat unter Beteiligung der Bundesregierung seit Februar 2014 Gespräche mit Vertretern der belgischen Behörden geführt und sich dabei um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Land und der belgischen Seite in Bezug auf die Gefährdungslage im Umkreis der betroffenen Atomreaktoren bemüht. Die Bereitschaft zu einer solchen Zusammenarbeit seitens der belgischen Vertreter ist leider gering, da diese sich vor allem auf die Kooperation mit der Bundesebene in Deutschland konzentriert. Für eine angemessene Prävention und Reaktion im Schadensfall ist neben dem bilateralen Austausch zwischen den nationalen Regierungen jedoch auch eine gute und direkte Zusammenarbeit zwischen belgischen Behörden und den deutschen Bundesländern geboten, die von beiden Seiten angestrebt wird.

I. Der Landtag stellt fest:

Atomare Anlagen - insbesondere ältere und störanfällige Reaktoren wie Tihange 2 und Doel 3 - stellen ein- Risiko für die Bevölkerung dar. Durch die räumliche Nähe sind die Menschen im Drei-Länder-Eck und im weiteren nordrhein-westfälischen Grenzgebiet von Problemen der offenbar unsicheren atomaren Anlagen Tihange und Doel betroffen. Der nordrhein-westfälische Landtag bittet vor diesem Hintergrund die Verantwortlichen, alles Mögliche für den Schutz der Bevölkerung vor aus den Atomkraftanlagen herrührenden Gefahren zu tun, und fordert in diesem Sinne die Stilllegung der genannten Reaktoren im Interesse der Bevölkerung im nordrhein-westfälischen Grenzgebiet.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich weiterhin gegenüber der Bundesregierung auf der Grundlage bilateraler Abkommen für die zeitnahe und endgültige Beendigung der gesamten nuklearen Brennstoffkette in Belgien und Europa einzusetzen;
- gemeinsam mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz den Dialog mit der belgischen Regierung zu diesem Thema mit dem Ziel fortzusetzen, die vollständige und endgültige Abschaltung der Atomkraftwerke Tihange und Doel zu erreichen, um eine Gefährdung der Bevölkerung durch offenbar unsichere und alte Atomkraftwerke auszuschließen;
- in gemeinsamen Gesprächen mit der Landesregierung von Rheinland-Pfalz und den Verantwortlichen in Belgien nachdrücklich deutlich zu machen, dass ein direkter Informationsaustausch zur raschen Reaktion im Schadensfall erforderlich ist, und dass auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen den betroffenen Bundesländern, den Niederlanden und Belgien für den nuklearen Ernstfall ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept für die Region festzulegen ist;

- Weiterhin in den bilateralen Gesprächen mit den Vertreterinnen und Vertretern der belgischen Regierung und der regionalen Regierungen die unmissverständliche Haltung Nordrhein-Westfalens zur Abschaltung der Atomreaktoren deutlich zu machen.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Frank Sundermann

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Hans Christian Markert
Wibke Brems
Reiner Priggen
Karin Schmitt-Promny
Ruth Seidl
Gudrun Zentis

und Fraktion